

In der Sommersession 2015 stehen verschiedene Armeedossiers an. Die Grünen haben sich zur Weiterentwicklung der Armee sehr kritisch geäussert und lehnen sie ab. Zudem wird über die Gripengelder entschieden, welche laut dem VBS bei der Armee bleiben sollen. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass die Gripengelder ins Bundesbudget zurückfliessen. Die Armee muss zuerst eine Strategie entwickeln und die neuen Gefahrensituationen analysieren bevor sie Geld ausgibt, welches die Bevölkerung der Armee abgesprochen hat.

Für die Grünen fehlt eine genaue und realistische Bedrohungsanalyse, auf welche sich die Verteidigung der Schweiz ausrichten soll. Diese Analyse sollte die wirklichen Gefahren für die Sicherheit der Schweiz benennen, insbesondere der Klimawandel.

Die Wahrscheinlichkeit eines herkömmlichen militärischen Angriffs auf die Schweiz ist – nicht erst seit dem Ende des Kalten Krieges – als höchst gering einzuschätzen. Die Nachbarländer sind befreundet; die klassische Landesverteidigung ist unzeitgemäss. Damit fällt die wichtigste Aufgabe der Armee – die klassische Landesverteidigung – weg. Für andere Risiken (internationaler Terrorismus) und Aufgaben (innere Sicherheit) ist die Armee nicht geeignet: innere Einsätze müssen über eine nicht-militärische Einsatz-Einheit abgehandelt werden können. Für die Polizeieinsätze und den Katastrophenschutz ist die Armee nicht die geeignete Instanz.

Es gilt, eine bessere Koordination zwischen den Kantonspolizeien und den zuständigen Bundesstellen sicherzustellen und die zuständigen Stellen im EDI zu stärken. Kurz gesagt: Zivile Aufgaben sind Sache von zivilen Behörden.

Aus diesen Gründen lehnen die Grünen die kommenden Armeegeschäfte klar ab.

Weiterentwicklung der Armee (14.069)

Die sogenannte „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA) wurde in der Sicherheitskommission des Nationalrats (SiK-N, 2. Rat) abgeschlossen und kommt in die Sommersession 2015. Sie beinhaltet einen Finanzrahmen von 5 Mrd. CHF pro Jahr, 100'000 Mann Sollbestand und einen massiven Ausbau der Einsätze im Innern und des militärischen Nachrichtendienstes. Die rechtsstaatlich wichtige Trennung zwischen Armee und Polizei wird weiter aufgeweicht. Da das VBS mit dem willkürlichen Faktor 1,4 den effektiven Truppen-Bestand errechnet, bedeutet der Entscheid 140'000 Soldaten (rechnet man die Rekruten dazu, kommt man auf eine Grösse von 160'000). Die effektive Verkleinerung ist weniger als 20 Prozent. Dazu kommt der Entscheid der SiK-N, das Militärbudget gesetzlich zu „zementieren“ ([NZZ, 19.5.15](#)), dieses also vor Sparübungen schützen. Hier gibt es für die Sommersession eine Minderheit Fischer, welche wir unterstützen.

Die Grünen waren die Einzigen, welche für Nichteintreten plädierten (Recordon in der SiK-S, Trede in der SiK-N). Schlussendlich den Gesetzesentwurf abgelehnt haben Grüne, SP und GLP. Die Argumentation ist einfach. Sogar der Bundesrat hat in seinem Armeebericht von 2010 von 80'000 Mann Sollbestand und 4.4 Mrd CHF gesprochen, welche für den Auftrag der Armee ausreichen sollten. Das Parlament hat diese Zahlen massiv nach oben korrigiert, der Bundesrat vertritt heute die Zahlen des Parlaments. Wir können also mit gutem Gewissen sagen, die WEA ist keine Weiterentwicklung, sondern ein Rückschritt.

Rüstungsprogramme (15.017)

Die Position der Grünen ist klar und konsequent: Anstelle von Investitionen in Rüstungsgüter soll die Schweiz endlich die zivile Friedensförderung und die Entwicklungshilfe ausbauen. Seit Jahren lehnen die Grünen die Rüstungsprogramme ab.

Im 2015 wird es erstmals in der Schweizer Geschichte zwei Rüstungsprogramme (RP) geben. Ein „normales“ (Sommeression 2015) und ein RP15+, welches vom Nationalrat durch eine Kommissionmotion angenommen wurde. Zudem gibt es, wie in den Medien zu lesen war, einen Beschaffungsplan, gemäss dem der Bundesrat in den Jahren 2015-2020 für 6 Milliarden Franken Rüstungsgüter einkaufen will. Das liegt weit über dem Wert der letzten 20 Jahre.

Das „normale“ Rüstungsprogramm (542 Mio) beinhaltet neben unnötigen Motorfahrzeugen und einem Schiesssimulator den Kauf von Aufklärungsdrohnen aus Israel (250 Mio). Erstens braucht die Schweiz für ihre eigene Sicherheit keine Drohnen. Und zweitens sind die Grünen grundsätzlich für einen Stopp jeglicher Rüstungszusammenarbeit und Militärkooperation mit allen Ländern, welche die Menschenrechte verletzen und das Völkerrecht missachten – wie z. B. Israel.

Im RP15+ (1,1 Mia), das wohl im Dezember in den Rat kommt, sollen u.a. die 300 jährlichen Gripen-Millionen ausgegeben werden, welche durch den Gripen-Nichtkauf eingespart wurden. Die Grünen haben immer vertreten, dass die Einsparungen dank des Gripen-Neins in die allgemeine Bundeskasse gehören. Das RP15+ beinhaltet unter anderem neue Fahrzeuge und sehr rückwärtsgewandte Mörser.

Der Antrag beim RP 15 lautet: Nichteintreten!

Beschaffung Transportflugzeuge (14.4060)

Der Ständerat hat die Anschaffung beschlossen, sowie die SIK-N auch. Die Motion kommt in die Sommeression 2015. Die Minderheit gegen die Beschaffung wird angeführt von Trede, mit der gesamten SVP im Schlepptau.

Vor genau 10 Jahren bedeutete das nationalrätliche Nein einen Doppel-Erfolg für die Grünen: Erstens stürzten die Transportflugzeuge ab. Und zweitens stürzte, weil der Ständerat auf der Beschaffung beharrte, erstmals in der Schweizer Geschichte das ganze Rüstungsprogramm ab. Den Grünen war es gelungen, die Mehrheit einer SP-Fraktion ins Nein-Lager zu bringen, obwohl die SiK-Delegation mit einer Ausnahme dem Kauf zugestimmt hatte – wegen den militärischen Auslandseinsätzen. Diesmal könnte es ähnlich laufen: In der SP-Fraktion baut sich ein Nein-Lager um die Delegation in der Finanzkommission auf. Grüne, SVP und halbe SP ergäbe eine Nein-Mehrheit.

Die Argumente dagegen:

- Die Situation hat sich nicht geändert, im Gegenteil sind heute die katastrophalen Folgen des militärischen (offiziell: „humanitären“) Interventionismus viel sichtbarer als 2005. Mit diesem harmlos daherkommenden Geschäft beabsichtigen die Interventionisten, nach den Niederlagen bezüglich Somalia- oder Afghanistan-Einsätze die Auslandeinsätze wieder akzeptabel zum machen;
- Das VBS klärt momentan ab, ob Ausschaffungsflüge mit den Transportflugzeugen gemacht werden sollen (2005 war das bereits Teil des Programms gewesen);
- Es droht eine Teilverlagerung der Kosten ins EDA. Damit würden hier Gelder fehlen für zivile Friedenspolitik und echtes humanitäres Engagement;

- Unhaltbar sind Hinweise auf Ebola, Evakuierung von Botschaftspersonal, günstigere Swisscoy-Transporte in den Kosovo oder Katastrophenhilfe. Die Flexibilität bezüglich Kapazität, Frachtraum etc. ist mit dem heutigen Mietsystem viel besser;
- Die Grünen sollen bei ihrer bisherigen Haltung bleiben: Ausbau der zivilen Friedensförderung, keine Militär-Einsätze im Ausland.